

Post

Zeitung
der Deutschen Postgewerkschaft

3/90

Maiausgabe



Expresse

+++ fdgb wird aufgelöst +++ postminister garantiert tariferhöhung +++ dpg braucht starke gewerkschaftsjugend +++ postler der brd setzten sich durch +++



Das war es wohl!

Krisensitzung im Dachverband am 9. Mai. Geknistert hatte es ja schon eine ganze Weile zwischen Einzelgewerkschaften und Dachverband. Letzter Anstoß waren die unrealistischen Forderungen des Geschäftsführenden Vorstandes gegenüber der Regierung Anfang Mai. Aber auch bei der Vermögensaufteilung u. a. m. gab es jede Menge Reibungspunkte. Bei vielen Gewerkschaftern an der Basis stieß der Begriff „FDGB“ nach wie vor auf Ablehnung. Nicht zuletzt war die Kündigung der Zusammenarbeit durch den DGB mit ausschlaggebend für die Entscheidung, den Dachverband aufzulösen. Ein Sprecherrat der Vorsitzenden der Industriegewerkschaften und Gewerkschaften übernimmt jetzt die Aufgaben der gewerkschaftsübergreifenden Interessenvertretung. Er soll die juristischen Voraussetzungen für die Aufteilung der Vermögenswerte des FDGB schaffen. Der vom außerordentlichen Kongreß gewählte Geschäftsführende Vorstand des Dachverbandes übernimmt ab sofort die Vorbereitung des Bundeskongresses. Dieser kann erst die Auflösung des FDGB satzungsgemäß beschließen.

Alles auf der Kippe?

Turbulente Tage machten außerordentliche Hauptvorstandssitzung nötig

„Lohnstopp“ ab 1. Mai! Der FDGB wird aufgelöst! Das waren die Schlagzeilen in der ersten Monatshälfte im Mai. Werden unsere Tarifierhöhungen in der Deutschen Post wirksam werden? Was wird aus dem Vermögen und den Abführungen an den FDGB, wenn dieser nicht mehr existiert? Welche Position nimmt die DPG ein? Das waren die Fragen, die den Hauptvorstandsmitgliedern auf den Nägeln brannten, als sie sich am 10. Mai in Berlin zu ihrer außerordentlichen Hauptvorstandssitzung trafen.

Vorsitzender Peter Praikow konnte die Gemüter beruhigen. Die Postgewerkschaft ist auf Draht. Der Tarifvertrag steht, sagte er. Die Lohnumstellung ist angewiesen, die EDV wird geändert, war aus dem Munde des Ministers zu erfahren. Ein weiteres Problem, das sich aus dem Staatsvertrag ergeben könnte – die weitestgehende Rechtlosigkeit der Gewerkschaften in den Betrieben –

konnte aus dem Weg geräumt werden. In einer gemeinsamen Erklärung von DPG und MPF am selben Tag wurden die Mitspracherechte der Postler auch zukünftig gesichert, wenn Gewerkschaftsgesetz und Teile des AGB außer Kraft gesetzt werden sollten. Da anzunehmen ist, daß dann das Betriebsverfassungs- oder das Bundespersonalgesetz wirksam wird, ist davon auszugehen, daß Betriebsrat- oder Personalratswahlen notwendig sind, erklärte Peter Praikow. Bis zum Ende dieser Wahlen, werden die BGLs die Rechte der Interessenvertretung entsprechend den neuen rechtlichen Grundlagen wahrnehmen.

Die Entscheidung, den FDGB aufzulösen, wurde von den meisten Vorstandsmitgliedern begrüßt. Zahlreiche Gewerkschaftsgruppen und Grundorganisationen hätten ihnen den Auftrag mitgegeben, notfalls diesen Schritt zu fordern, berichteten mehrere Vorstandsmitglieder.

Für die DPG ergibt sich nun die Aufgabe, den Zusammenschluß mit der Schwestergewerkschaft in Westdeutschland voranzutreiben. In einem Telegramm übermittelte der Hauptvorstand seine solidarischen Grüße an die Kollegen bei der Bundespost, die gerade in der heißen Phase ihrer Tarifikämpfe stehen.

Sicherheit für Vertreter der Deutschen Postgewerkschaft

Seit dem 26. April 1990 ist dieser Wunsch Realität. An diesem Tag unterzeichneten Postminister Schnell und DPG-Vorsitzender Praikow eine Vereinbarung über arbeitsrechtliche und soziale Bedingungen der Tätigkeit ehren- und hauptamtlicher Gewerkschaftsvertreter. Nach dieser Vereinbarung werden hauptamtliche Gewerkschafter der DPG, die bei Übernahme ihrer Funktion in einem Arbeitsrechtsver-

hältnis mit der DP oder dem MPF standen, weiterhin von dort bezahlt. Während der Dauer der Freistellung ruht das Arbeitsrechtsverhältnis. Der Wiedereinsatz entsprechend Dienstrang und fachlicher Qualifikation bei der Deutschen Post ist gesichert. Ehrenamtliche Gewerkschaftsvertreter müssen für ihre erforderliche Arbeit freigestellt werden. Das gilt auch für organisierte gewerkschaftli-

(Fortsetzung auf Seite 2)



Witzig und originell waren die Plakate, mit denen sich die Postler Gehör verschafften.

Postler machen Druck, damit Tarife steigen

Mehr als 2 000 waren dem Aufruf der Berliner Geschäftsstelle der DPG zur Demonstration, einen Tag vor Beginn der Tarifverhandlungen, vor dem Postministerium gefolgt. Aber auch in den Bezirken, vor den Bezirkspostämtern forderten viele Postler einen schnellen und vorteilhaften Abschluß der Tarifverhandlungen.

„Wir wollen praktisch mehr Geld“, sagt Detlef Wolfram, Dienststellenleiter im Fernsprechamt Berlin. „Und das rückwirkend zum 1. März. Nicht erst zur Währungsunion, denn dann sind wir alle Neese“, meint er. Gegen das Beraten über Strukturveränderungen hinter verschlossenen Türen wandte sich DPG-Vorsitzender Peter Praikow in seiner Rede.

Die Gewerkschaft dürfe Zukunftsängste nicht zulassen, wenn über die Postunion die Rede ist. Die gewerkschaftliche Tarifkommission gehe mit der Unterstützung der Postler in die Verhandlungen, in den Sachfragen vertrete sie die mehrheitliche Auffassung der Postbeschäftigten, sagte Peter Praikow. Die Kollegin Schmidt, Zustellerin vom Hauptpostamt Marzahn, forderte eine gerechte Urlaubsregelung. „Bei 18 Tagen lohnt es sich erst gar nicht weg zu fahren“, meinte sie.

Zum Schluß der Demonstration for-

dernten die Postler die Stellungnahme der Vertreter des MPF. Wolfgang Gerhardt, Stellvertreter des Ministers, sicherte den Postmitarbeitern zu: „Es behält jeder in diesem Wirtschaftszweig einen Arbeitsplatz entsprechend seiner Qualifikation.“ Hoffen wir, daß es stimmt. Die DPG wird dafür kämpfen. Die Demonstranten am 17. April machten es deutlich, und der schnelle und erfolgreiche Abschluß der Tarifverhandlungen könnte schon ein erster Schritt auf dem Weg dorthin sein.



Hauptvorstandssitzung mit Kurt van Haaren

Am 25. und 26. April trafen sich die Mitglieder des Hauptvorstandes zu ihrer zweiten Sitzung. Als prominenten Gast konnten sie den Vorsitzenden der DPG (Sitz Frankfurt a. M.), Kurt van Haaren, begrüßen. Auf der Tagesordnung standen die Einschätzung zu den Wahlen in der DPG, dem Stand der Tarifverhandlungen sowie die Beziehungen zwischen beiden Postgewerkschaften.

Das Tarifabkommen, so schätzte Günter Klein, Vorsitzender der Tarifkommission, ein, gehe seiner Vollendung entgegen. Es sei ein Erfolg der DPG, aber auch ein Kompromiß. Wie zu erwarten, herrschte eine „bissige Atmosphäre“, doch durch den Druck der Belegschaft konnten die Verhandlungen zügig vorgebracht werden. Peter Praikow charakterisierte die gegenwärtigen Beziehungen zwischen Dachverband und Postgewerkschaft als nicht gerade positiv. Dafür sei es gelungen, intensive Kontakte zur DDR-SPD herzustellen, so daß jetzt eine konstruktive Mitarbeit der DPG an der Ausarbeitung eines einheitlichen Betriebsverfassungsgesetzes gesichert ist. In seiner Einschätzung der Beziehung zur Schwestergewerkschaft in der BRD, sagte der Vorsitzende,

daß vieles nicht machbar gewesen wäre, ohne die Hilfe aus Frankfurt am Main.

Kurt van Haaren betonte in seinen Ausführungen, daß er sich in Hinblick auf die Vereinbarung vom 21. März zwischen beiden Postgewerkschaften eigentlich nicht mehr als Gast fühlt. Auch wenn der Begriff „Einheitsgewerkschaft“ bei einigen Postlern in der DDR noch auf Ablehnung stößt, er ist der Meinung, es muß eine starke, einheitliche Postgewerkschaft her. Wer schnell die Marktwirtschaft will, und so deutet er den Ausgang der Volkskammerwahl, muß für ein soziales Gegengewicht, eine starke Gewerkschaft sorgen. Es sei auch notwendig, nicht gegen, sondern mit inhaltlich begleitenden Maßnahmen der Vereinigung eine soziale Seite abzugewinnen.

Zur Ausgestaltung der Beziehungen zwischen beiden Hauptvorständen wurde vereinbart, Expertengruppen zu bilden. Sie sollen sich mit Fragen der Vereinigung beider Postgewerkschaften, mit sozial akzeptierbaren Wegen zur Postunion sowie zur Verschmelzung positiver Momente im Arbeits- und Beamtenrecht, zu einem neuen Personalrecht für alle Postmitarbeiter beschäftigen.



Arbeit für zwei Tage hielt die 2. Hauptvorstandssitzung für alle bereit.

Mehr Geld ab Mai

Lange genug haben die Postler darauf warten müssen. Nun ist es soweit. Am 27. April unterzeichneten der Vorsitzende der Deutschen Postgewerkschaft, Peter Praikow, und der Minister für Post- und Fernmeldewesen, Dr. Emil Schnell, die Tarifvereinbarung für Mitarbeiter der Deutschen Post. Danach sind ab 1. Mai 1990 neue Tarife gültig.

Kernstück dieser Vereinbarung ist die einheitliche Tariftablette, die zehn Dienstalterstufen umfaßt und für alle Tarifgruppen gleichermaßen Anwendung findet. Damit hat die Gewerkschaft durchgesetzt, daß das Endgehalt schon nach zwanzig, statt nach dreißig Dienstalterjahren, wie es der Entwurf des Ministeriums es vorsah, erreicht wird. Der gewerkschaftliche Standpunkt bei der Urlaubsregelung konnte auch durchgesetzt werden.

Grundsätzlich neu ist, daß jetzt neben den Mitarbeitern in der Datenverarbeitung auch die Berufsschullehrer und die Lehrkräfte der Ingenieurschulen von dieser Tarifvereinbarung erfaßt werden. Damit wird dem Wunsch vieler Pädagogen, die Postmitarbeiter ausbilden, Rechnung getragen. Einige Angestellten-

gruppen befürchten, bei bevorstehenden Strukturveränderungen aus der Deutschen Post herausgelöst zu werden. In solchen Fällen verpflichtet sich das Postministerium, mit dem Hauptvorstand der DPG einen Rahmensozialplan auszuarbeiten.

Im Vorfeld der Tarifverhandlungen gab es heftige Diskussionen über den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Lohnerhöhungen. In den Verhandlungen fanden beide Tarifparteien zum Kompromiß. Einführungstermin ist der 1. Mai 1990. Damit wurde das gewerkschaftliche Ziel, die Lohnerhöhungen noch rechtzeitig vor der Währungsunion durchzusetzen, erreicht. Ein weiteres Vorziehen der Tarifierhöhungen hätte ein Absinken der Sätze der Tarifgruppen zur Folge, was in Erwartung der D-Mark die Lohntüte unnötig schmälern würde.

Vorläufig ist die Laufzeit der Tarifvereinbarung bis zum 31. Dezember 1990 befristet. Sollten sich allerdings in Folge von Regierungsbeschlüssen oder Gesetzesänderungen, wie Steuerreform, Subventionsabbau u.ä., die Grundlagen der Vereinbarung ändern, wird neu verhandelt.

(Fortsetzung von Seite 1)

che Aus- und Weiterbildung. Die Leiter haben die sachlichen Voraussetzungen für die gewerkschaftliche Tätigkeit zu sichern.

Mit Rückwirkung zum 1. April 1990 trat diese Vereinbarung in Kraft. Da das Schutzabkommen im wesentlichen auf dem Gewerkschaftsgesetz

beruht und es abzusehen ist, daß dieses nicht mehr lange Bestand haben wird, muß heute schon wieder weitergedacht werden. Zur Zeit wird im Hauptvorstand eine weiterreichende Vereinbarung erarbeitet, die den sozialen Status der Gewerkschaftsvertreter auch längerfristig sichern soll.



Jugend

Post Expresß

Knallroter DPG-Bus tourt über Schulhöfe

Initiativgruppe „Gewerkschaftsjugend“ macht mobil

Plädoyer für Gewerkschaftsjugend

„Mit uns könn'ses ja machen! Was kann man in zwei Jahren Lehre schon ausrichten?“, mag manchem durch den Kopf gehen, wenn ihm in der Ausbildung etwas gegen den Strich geht.

Eine ganze Menge könnt Ihr ändern. Wenn Ihr wollt und es richtig anpackt. Mein erster Rat: schließt Euch zusammen. Je mehr Ihr seid, desto schwerer kann man Euch übersehen. Bildet selber Sprecherräte. Wartet nicht, bis Euch die Erwachsenen wieder dazu auffordern. Sucht Euch Verbündete. Bei der Deutschen Postgewerkschaft gibt es schon



Großer Andrang herrschte dort, wo unser Bus auch hielt.

Gruppen, die für mehr Moneten, weniger Streß, mehr Freizeit und moderne Ausbildung kämpfen. Informiert Euch über Eure Rechte. Verlangt von Euren Direktoren Auskünfte, nicht Ausflüchte, über Dinge, die Euch betreffen. Nur wer genau Bescheid weiß, kann auch wirklich mitreden. So erfahrt Ihr, daß Ihr laut Lehrvertrag ein Recht auf moderne Ausbildung habt, daß allen Lehrlingen ein Arbeitsplatz bei der Deutschen Post sicher ist – siehe Rationalisierungsschutzabkommen. Macht es richtig. Von Euch muß die Initiative ausgehen! Wir helfen Euch. Mit Infos und, wenn nötig, mit Rechtsbeistand.

Heide Büttner,
verantwortlich für Jugendarbeit,
Hauptvorstand der DPG, Am
Märkischen Ufer 54, Bln., 1026;
Tel.: 27 82 28 06

Mehrere Tage kurvte ein knallroter Bus durch unsere Bezirke. Immer unterwegs zu Jugendlichen, Lehrlingen und jungen Gewerkschaftern, um zu erfahren und anzuregen wie Gewerkschaftsarbeit für Leute unter dreißig hier und drüben gemacht wird bzw. gemacht werden könnte. Die Initiativgruppe „Gewerkschaftsjugend“ im Dachverband hat in Zusammenarbeit mit der DPG-Jugend diese Info-tour organisiert. „Post-Expresß“ ist einen Tag mit von der Partie, um die Probleme und Nöte der jungen Gewerkschafter kennenzulernen.

Auf Schulhoftour

Am Freitag, dem 24. April, standen Betriebsschulen in Schönefeld, Ludwigfelde und Potsdam auf dem Fahrplan. Unterwegs zu den Potsdamern wird schon klar, die Probleme der jungen Leute sind heute anders gelagert als noch vor ein paar Wochen. Wer heute in der Lehre nichts lernt, hat in der Zukunft wenig Chancen. So klagen die Flugzeugmechaniker in Schönefeld, daß sie immer seltener die eisernen Vögel aus der Nähe sehen. Fachkräfte aus der Armee und aus anderen Institutionen drängen sie an den Rand. Und mit Dauereinsätzen in der Dre-

herei wird man nun mal nicht Flugzeugmechaniker. Ähnlich die Probleme im LKW-Werk Ludwigfelde. Zuerst wollten sie Pilot in der NVA werden. Nun sollen sie KFZ-Schlosser lernen. Doch die Arbeit am Fließband hat ihrer Meinung wenig mit dem Beruf zu tun.

Direktor ist dafür

Doch wie sieht es nun bei den eigenen Lehrlingen, den Lehrlingen bei der Deutschen Post aus? Haupttrat Vatter ist seit über 30 Jahren Direktor der Betriebsschule der Deutschen Post in Potsdam. Mehr als 300 Jugendliche werden zur Zeit hier ausgebildet. „Wenn die Postler eine starke Gewerkschaft brauchen, brauchen sie auch einen starken Nachwuchs, eine starke Gewerkschaftsjugend“, meint Kollege Vatter. „Deshalb ist es auch notwendig, in das jetzt herrschende Vakuum eine Interessenvertretung der Jugendlichen zu stellen, die auch wirklich ihre Probleme aufgreift und durchsetzt. In der sie sich profilieren können und lernen selbständig zu handeln.“ Wen wundert da, daß die Initiative, einen Lehrlingssprecherrat zu gründen, auf ihn zurückgeht.

Und wie sehen es die Lehrlinge? Enrico Zygar, Nachrichtentechniker im

1. Lehrjahr, sieht schon eine ganze Menge Verbesserungswürdiges in der Ausbildung. Zu wenig Geld, zu lange Arbeitszeit. „Acht Stunden würden auch reichen“, sagt er. Skeptisch ist er auch wegen der Ausbildung an der alten Technik. „Ob wir das Wissen auch in der Zukunft gebrauchen können?“

Abwartende Lehrlinge

Zum Lehrlingssprecherrat hat er eine geteilte Meinung. „Der funktioniert nicht. Unsere Vorstellungen sind Akten für den Schrank. Man müßte mal mit allen Lehrlingen diskutieren, nicht nur immer mit zwei, drei Mann“, faßt er die Situation zusammen. Besser müßte es eigentlich Karsten Wipprecht wissen. Er ist der Lehrlingsvertreter derselben Klasse. „Vorher war ich FDJ-Sekretär. Zum Sprecher wurde ich gewählt, weil keiner es machen wollte.“ Auch er schätzt ein: „Bisher ist aus dem Lehrlingsrat nicht viel herausgekommen. Ich glaube, die Gespräche schlafen wieder ein.“

Die Lehrlinge fordern eine bessere, zeitgemäße, moderne Ausbildung. Doch bis alles in Schwung kommt haben sie ausgelernet, meinen sie. Also alles für die Katz? Ein Anfang ist gemacht. Was daraus wird, hängt auch von den Lehrlingen ab.

Interview: DPG-Chef Peter Praikow zu Jugendarbeit

● **Peter, Du bist Jahrgang 1960, also selbst noch nicht allzulange aus dem Jugendalter heraus. Was hältst Du von einer starken Gewerkschaftsjugend in der DPG?**

„Ich bin der Meinung, jeder Lehrling sollte sich schon gewerkschaftlich organisieren. Die Vorteile liegen doch für ihn klar auf der Hand. Auf der anderen Seite – wir in der DPG brauchen auch junge, engagierte Leute. Deshalb betrachte ich die Entwicklung einer starken Postgewerkschaftsjugend als einen wichtigen Punkt unserer Interessenvertretung.“

● **Viele haben von der FDJ die Nase voll. Wie siehst Du das?**

„Das ist verständlich. Doch nichts tun hilft auch nicht. Es liegt vor allem an den Jungen selbst, etwas daraus zu machen. Stichwort Rationalisierungsschutzabkommen. Darin haben wir zwar den Schutz junger Mütter und die Arbeitsplatzgarantie für Lehrlinge und Studenten gesichert, aber es gibt ja noch mehr. Ich denke da

an Mitspracherechte, wenn es um die Ausbildung geht, an neue sich dynamisch entwickelnde Formen der Lehrlingsknete usw.“

● **Welche Organisationsmöglichkeiten siehst Du?**

„Vielerorts haben sich Jugendsprecherräte in den Gewerkschaften gebildet. Laut DPG-Satzung haben junge Gewerkschafter das Recht, ihre Sprecher in den BGL-Sitzungen

zu plazieren. In Cottbus gibt es schon auf Bezirksebene Jugendvertreter in der DPG. Zukünftig wird es durch das Betriebsverfassungsgesetz auch in Betriebs- oder Personalräten möglich sein, Jugendinteressen zu vertreten.“

Am 10. Mai hat sich auch ein Gewerkschaftsjugendsprecherrat konstituiert. Hier können junge Postgewerkschafter direkt mitmischen.



Offene Wünsche hatten auch die Lehrlinge der Deutschen Post in Potsdam. Die Ausbildung könnte besser sein. Sich durchzusetzen schien für sie aussichtslos zu sein.

1. Mai mal ganz anders

Ost- und Westgewerkschafter feierten vorm Reichstag

Keine stundenlangen Vorbeimärsche auf dem harten Asphalt. Keine gerammelt vollen S-Bahn-Züge, gestreßte Eltern und nervöse Polizisten. Sechzigtausend versammelten sich am 1. Mai auf der grünen Wiese vor dem Reichstag in Berlin. Soviel hatte man in Westberlin an solch einem Tag noch nicht gesehen. Immerhin der hundertste 1. Mai.

Und auf noch eine kleine Besonderheit kann dieser Tag verweisen. Der Bezirksvorstand der DPG-Westberlin und die DPG-Geschäftsstelle in Ost-Berlin bauten einen gemeinsamen Informationsstand auf. Bernd Lindemann und Klaus Maretzki, die Bezirksvorsitzenden aus West und Ost, informierten über das Wirken

der Postgewerkschaften. Es wurden Standpunkte zum Beamtenstatus in der DDR ausgetauscht, über die Tarifverhandlungen und den Schutz von Gewerkschaftsvertretern diskutiert. Als ehemaliger Postler hatte DGB-Chef Ernst Breit reges Interesse an dem Wirken der DDR-DPG in den ersten fünfzig Tagen ihres Bestehens.

Natürlich wurde auch etwas verkauft. Das Postmuseum beteiligte sich mit Ersttagsbriefen und Briefmarken. Doch was am reißendsten losging waren Getränke. Nicht wegen der Hitze unbedingt. Die Postgewerkschafter waren die einzigen in dieser D-Mark-Wüste, die Bier und Cola für DDR-Mark anboten!



Auf Draht waren die Postgewerkschafter der Ostberliner Bezirksorganisation. Fotos: Fuchs (2), Kühler

BGL-Wahl mit fliegenden Urnen

Seit April sind Neuwahlen in den Gewerkschaftsgruppen und Grundorganisationen der DPG angesagt. So auch im Fernmeldeamt Potsdam. Am 4. Mai fand im FMA in der Heinrich-Rau-Straße die Vertrauensleuteversammlung statt, in der die Kandidaten für die Wahl festgelegt wurden.

Doch zuvor mußte die alte BGL unter Vorsitz von Gerda Schulz entlastet werden. Diese konnte in ihrem Rechenschaftsbericht recht zufriedenstellende Ergebnisse vorweisen. Die Gewerkschafter sind stolz, daß einer ihrer Kollegen sie in der Tarifkommission vertreten kann. Die BGL konnte sich auch in der Auseinandersetzung um die Lohnzah-

lungen der Mitarbeiter, die aus dem IKA kamen, durchsetzen. Hart wurde um die Auszahlung der anteiligen Jahresendprämie diskutiert. Der von der staatlichen Leitung vorgeschlagene Stichtag Ende Mai verschenke nach Ansicht der Gewerkschafter die Prämienmittel für einen ganzen Monat. Dagegen wollen die Kollegen Einspruch erheben.

Anschließend wurde über die Kandidaten für die Wahl beraten. 18 Kollegen stellten sich für die Wahlliste zur Verfügung. Doch die 27 Vertrauensleute beschlossen, die neue BGL soll nur 15 Mann stark sein. Die drei überzähligen Kandidaten sollen Reserve für ausscheidende BGL-Mitglieder bleiben. Damit eine schlagkräftige BGL entsteht, entfallen zukünftig die AGLs. Kollegin Schulz, die seit 12 Jahren dieses Amt innehatte, kandidiert wieder als BGL-Vorsitzende. Eigentlich könnte die

Grundorganisation aufgrund ihrer Stärke zwei hauptamtliche Gewerkschaftsvertreter haben. Da sich aber kein weiterer Kandidat für dieses Amt fand, wird es nun zwei ehrenamtliche Stellvertreter geben. André Huxol und Udo Weberchen wurden auf die Liste gesetzt. Desweiteren wurde über die Kandidaten der Revisions-, der Wahlkommission, der Delegierten zur Jahreshauptversammlung und über den Kandidaten für den neuen Hauptvorstand abgestimmt.

Am 9. und 10. Mai soll dann die Wahl vonstatten gehen. Kein leichtes Unternehmen, denn der ‚Wahlkreis‘ erstreckt sich von Außenstellen in Gransee und Neuruppin über Brandenburg, Werder bis nach Teltow. Zwei Tage werden zwei Kollegen mit dem Auto und der fliegenden Wahlurne unterwegs sein, damit jedes Gewerkschaftsmitglied von seinem Stimmrecht Gebrauch machen kann.

Arbeit darf nicht kaputtmachen

Bundespostler streikten für bessere Bemessungsvorgaben

Seit Wochen zieht er sich hin. Der Tarifkampf der Postgewerkschafter in Westdeutschland. Erstmals wurde auch über Bemessungsvorgaben verhandelt. Hierbei geht es um freie Zeit, z. B. für Besprechungen mit dem Personalrat oder für den Gang zur Toilette. Standen dafür bis vor ein paar Jahren noch acht Minuten pro Stunde zur Verfügung, sind es heute sechs. 1993 sollen es noch weniger sein. Das ist besonders für stressige Arbeitsplätze wie bei der Telefonauskunft oder der manuellen Postverteilung verheerend.

Doch bis man darüber verhandeln konnte, mußte man das Bundesarbeitsgericht bemühen. Das entschied: Bemessungsvorgaben können Gegenstand von Tarifverhandlungen sein. Trotzdem versuchte es die Unternehmenseite der Bundes-

post immer wieder mit Winkelzügen. Mal hieß es, es liege kein Angebot von der Gewerkschaft vor, dann wieder die Forderungen würden zu viel Geld kosten. Gegen diese Verzögerungstaktik reagierte die DPG-West mit Streiks. Zu oft hatte Postminister Schwarz-Schilling die Geduld der Postgewerkschaft strapaziert. Ausgerechnet bei der Kürzung der Wochenarbeitszeit auf 38,5 Stunden strich er, statt wie nach Tarifabschluß vom Herbst 1988 vereinbart, neue Leute einzusetzen, die Pausen pro Tag um 15 Minuten.

Nach zähem Hin und Her war es nun am 11. Mai geschafft. 6,3 Minuten Pause pro Stunde stehen den Postlern jetzt tarifrechtlich zu. Ein großer Erfolg, wenn man bedenkt, daß damit erstmalig über Arbeitsleistungen verhandelt wurde.



Berliner Postgewerkschafter auf dem Weg zum Maimeeting